



Basels starke Alternative

Basta!
Postfach
4005 Basel

Tel/Fax 061 691 16 31
www. basta-bs.ch

Basel, 26. Januar 2005

Medienmitteilung

Einmal mehr spart Basel auf dem Buckel der sozial Benachteiligten

Nachdem die Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger im vergangenen Jahr bereits die Kürzung der Beiträge an die Krankenkassenprämien hinnehmen mussten, droht ihnen jetzt neues Unheil aus dem Wirtschafts- und Sozialdepartement (WSD). Die geänderten Unterstützungsrichtlinien für die kantonale Sozialhilfe dienen im wesentlichen der Kostensenkung – und dies auf dem Buckel der ohnehin schon benachteiligten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Die Rechnung ist schnell gemacht: Der Grundbedarf 1 wird um 70 Franken gekürzt. Der Grundbedarf 2 entfällt und wird durch eine „Integrationszulage“ ersetzt, die nur noch an „Integrationswillige“ entrichtet wird. Im Klartext heisst dies, dass die ohnehin schon knapp bemessenen Unterstützungsbeiträge spürbar reduziert werden. Die Sozialhilfe hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Chancen einer Integration in den regulären Arbeitsmarkt bei einem beträchtlichen Teil ihrer Klientinnen und Klienten sehr gering sind. Dass dem so ist, liegt weniger am mangelnden Integrationswillen der betroffenen Personen, als vielmehr an der mangelnden Integrationsbereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft. Solange die Kluft zwischen der Zahl der Erwerbslosen und der Zahl der offenen Stellen derart gross ist wie heute, werden sogenannte „Anreizmodelle“ kaum die gewünschte Wirkung zeigen. Die angekündigten Massnahmen verstärken nicht die Eigeninitiative, wie uns das WSD weismachen will. Im Gegenteil. Gerade Personen mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt wären dringend auf zusätzliche Mittel angewiesen, um nicht auch noch sozial isoliert zu werden. Diese Personen mit einem Betrag abzuspeisen, der kaum die nackte Existenz sichert, ist erbärmlich und zeugt von einer kurzfristigen Politik, deren Folgekosten für die Gesellschaft nicht absehbar sind. Basta! ist vom heute bekannt gewordenen Entscheid des WSD zutiefst enttäuscht und hofft, dass die neue Regierung hier korrigierend eingreifen wird